

## **6. Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser**

(Wasserversorgungssatzung - WVS)  
vom 17.12.2018

Aufgrund der §§ 4, 11 und 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Talheim am 17. Dezember 2018 folgende 6. Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung –WVS ) vom 3. Dezember 2007, zuletzt geändert am 24. Juli 2017, beschlossen:

### **§ 1**

§ 42 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

#### **§ 42 Grundgebühr**

1.) Die Grundgebühr wird gestaffelt nach der Zählergröße erhoben (Zählergebühr). Sie beträgt bei Wasserzählern mit einer Nennggröße von:

Wasserzähler	Q3=4	Q3=10	Q3=16	Q3=25	Q3=63
Maximaldurchfluss in m <sup>3</sup> /h (Q <sub>max</sub> )	5	12,5	20	30	80
Nenndurchfluss in m <sup>3</sup> /h (Q <sub>n</sub> nach MID)	4	10	16	25	63
€/Monat	1,70	3,70	5,80	21,00	34,70

§ 43 Absatz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

#### **§ 43 Verbrauchsgebühren**

1.) Die Verbrauchsgebühr wird nach der gemessenen Wassermenge (§ 44) berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt ab dem 01.01.2019 pro Kubikmeter 1,85 €.

2.) Wird ein Bauzähler oder ein sonstiger beweglicher Wasserzähler verwendet, beträgt die Verbrauchsgebühr ab dem 01.01.2019 pro Kubikmeter 1,85 €.

## § 2

Die 6. Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser tritt am 01.01. 2019 in Kraft.

Talheim, den 17. Dezember 2018

Rainer Gräßle  
Bürgermeister

### **Hinweis:**

Eine Satzung, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung zustande gekommen ist, gilt ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde Talheim unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 dieses Hinweises geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 dieses Hinweises genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. (§ 4 Abs. 4 der GemO für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000, GBL. S. 582, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2009, GBL. S. 185).